



Deutsche Kampfpanzer vom Typ „Leopard 2“

Bundeswehr Stumpfe Speerspitze

Die deutschen Streitkräfte haben erhebliche Probleme, Truppen für die nächste „Nato-Speerspitze“ bereitzustellen: die „Very High Readiness Joint Task Force“ (VJTF). Für 2019 haben die Deutschen die Führung der multinationalen Einheit zugesagt. Sie soll binnen 48 bis 72 Stunden an jedem Ort weltweit einsatzbereit sein. Die Panzerlehrbrigade 9 aus Munster, die für die Führung vorgesehen ist, ließ in den

vergangenen zwei Wochen rund tausend Soldaten im Gefechtsübungszentrum Altmärk bei Magdeburg üben. Dabei konnten statt der geplanten 30 Kampfpanzer „Leopard 2“ nur 25 eingesetzt werden, von denen im Schnitt jeden Tag 8 ihren Geist aufgaben. Von 20 Schützenpanzern „Marder“ funktionierten nur 14. Auf eine Zertifizierung der Einheit hatte man wegen akuten Materialmangels vorsorglich verzichtet. Sie soll im nächsten Jahr nachgeholt werden. Auch eine Gefechtsübung im Februar wurde abgesetzt. ham



Sudetendeutsche Trachtengruppe in Augsburg

Vertriebenenlobby „Bedauerlicher Aderlass“

Die Unionsfraktion sorgt sich um ihren Rückhalt in der Wählergruppe der Vertriebenen, die zunehmend von der AfD umgarnt wird. „Seit der Bundestagswahl haben wir einen bedauerlichen Aderlass von Unionskollegen erlebt, die sich für die Interessen der Vertriebenen einsetzen“, klagte der CSU-Abgeordnete Stephan Mayer. „Maßgebliche Persönlichkeiten, die große Erfolge für die Vertriebenen erzielt haben, sind nicht wieder in den

Bundestag eingezogen.“ Als Beispiele nennt Mayer den Präsidenten des Bundes der Vertriebenen (BdV), Bernd Fabritius, und Hartmut Koschyk, ehemaliger Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen. „Wir dürfen nicht nachlassen, uns um diese Gruppe unserer Gesellschaft zu kümmern“, mahnte Mayer, selbst Vizepräsident des BdV. Die Konkurrenz von rechts außen schläft schließlich nicht: In der neuen AfD-Fraktion hat sich schon eine 13-köpfige Arbeitsgruppe zum Thema Russlanddeutsche und Vertriebene konstituiert. ama

Vietnam Sorge um entführten Trinh

Die deutsche Anwältin des Geschäftsmanns Trinh Xuan Thanh, der im Juli vermutlich vom vietnamesischen Geheimdienst aus Berlin entführt wurde, fordert von der vietnamesischen Regierung, internationale Beobachter beim Verfahren gegen ihren Mandanten zuzulassen. Petra Schlagenhauf, Rechtsanwältin in Berlin, sorgt sich um die faire Behandlung ihres Mandanten in Hanoi. So sei von seinen vier vietnamesischen Anwälten bislang nur einer zu ihm vorgelassen worden. Fragen hätten vorab

eingereicht werden müssen; unkontrollierte Gespräche waren nicht möglich. Die Behörden in Hanoi werfen Trinh vor, als Vorstandsvorsitzender einer Tochtergesellschaft des staatlichen Öl- und Gaskonzerns PetroVietnam für Verluste in Höhe von 142 Millionen US-Dollar verantwortlich zu sein. Seine Anwälte vermuten rein politische Motive hinter der Anklage. Trinh droht die Todesstrafe; der Prozess soll im Januar beginnen. Die Entführung des ehemaligen Funktionärs der Kommunistischen Partei hatte für erhebliche diplomatische Verwerfungen zwischen Berlin und Hanoi gesorgt. kno

Kanzler Das Geheimnis von Oggersheim

Altkanzler Helmut Kohl hat wichtige Dokumente seiner Regierungszeit widerrechtlich in seinem Haus in Oggersheim aufbewahrt. Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ) sind bei Besuchen 2012 und 2014 auf entsprechende Papiere gestoßen. Die Wissenschaftler hatten für eine Aktenedition, die das IfZ im Auftrag des Auswärtigen Amts herausgibt, bei Kohl angefragt. Ihnen wurde daraufhin eine Auswahl von Leit-Ordnern in Kohls Haus vorgelegt. Die Ordner enthielten überwiegend CDU-Korrespondenz, dazwischen fanden sich allerdings auch Briefwechsel von Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Protokolle von

Gesprächen Kohls mit DDR-Staatschef Erich Honecker, Frankreichs Präsident François Mitterrand oder Südafrikas Präsident Pieter Willem Botha. Es handelt sich durchweg um Originale. Staatliche Dokumente gehören allerdings in staatliche Archive. Die Wissenschaftler haben rund 70 Dokumente kopiert und einige davon bereits in dickleibigen Aktenbänden veröffentlicht. Das Bundesarchiv verlangt von Kohls Witwe Maike Kohl-Richter seit Monaten die Herausgabe aller staatlichen Dokumente. Es ist unbekannt, wie groß der Nachlass Kohls insgesamt ist und was er enthält. Bislang hat die Witwe nicht reagiert. Bei Akten des Kanzleramts kann nur dieses die Witwe juristisch zwingen, die Papiere herauszugeben. klw



Kohl-Wohnhaus in Oggersheim